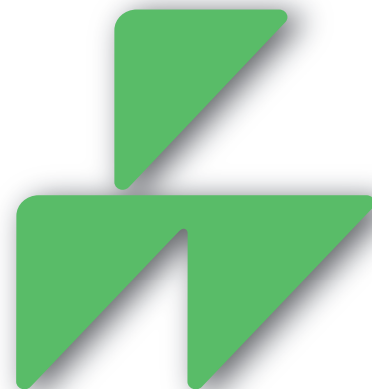


VERSORGUNGS WIRTSCHAFT

Monatszeitschrift für Betriebswirtschaft,
Wirtschaftsrecht und Steuerrecht der Elektrizitäts-,
Gas- und Wasserwerke

6/2012



Seit 1949 aktuelle Informationen für Versorgungsunternehmen.

64. Jahrgang

INHALT

Verspätete Angebote – a never ending story

– von RAin Susanne Müller-Kabisch, Eschborn/Frankfurt a.M. – 145

Aktuelle Entwicklungen in der Energie- und Stromsteuer

– von RA/FASr Ralf Reuter und RA/StB Eike Christian Westermann, Düsseldorf – 147

Wirtschaftsrecht

Rechtsprechung

Energiewirtschaftsrecht / Zivilrecht

- Zu den Folgen unwirksamer Preisanpassungsklauseln in Erdgas-Sonderkundenverträgen
– Urteil des BGH vom 14.3.2012 – VIII ZR 113/11 – 151
mit Anmerkung von RA Dr. Achim-Rüdiger Börner 154
- Keine richterliche Festsetzung des billigen Netznutzungsentgelts auf null Euro
ohne das Vorbringen der Parteien ausgeschöpft zu haben
– Urteil des BGH vom 8.11.2011 – EnZR 32/10 – 155
Anmerkung zum BGH-Urteil vom 8.11.2011 – EnZR 32/10 – und BGH-Beschluss
vom 7.12.2010 – KZR 21/09 – von RA Michael Brändle 157

Steuerrecht

Gesetzgebung / Anweisungen / Hinweise

Stromsteuer

- Anlagenbegriff gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 StromStG konkretisiert
– Schreiben des BMF vom 30.3.2012 – III B 6 – V 4250/05/10003:004 – 161

Energiesteuer

- Steuerentlastung für KWK-Anlagen nach § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnergieStG;
Aussetzung der Bearbeitung von Steuerentlastungsanträgen wegen Auslaufen der
beihilferechtlichen Genehmigung zum 31. März 2012
– Schreiben des BMF vom 30.3.2012 – III B 6 – V 9950/06/10021 – 163

Rechtsprechung

Körperschaftsteuer / Gewerbesteuer

- Höhe der zulässigen Konzessionsabgabe »Wasser«
– Urteil des BFH vom 31.1.2012 – I R 1/11 – 163

Einkommensteuer

- Zur vorzeitigen Beendigung eines im Blockmodell geführten Altersteilzeitarbeitsverhältnisses
– Beschluss des BFH vom 15.12.2011 – VI R 26/11 – 164

Arbeitsrecht

- Kein Auskunftsanspruch nicht berücksichtigter Bewerber 166
- Höhe des Zuschusses zum Mutterschaftsgeld 166
- Stichtagsklausel bei Sonderzuwendung mit Mischcharakter 166

Buchbesprechungen

167

Im Focus – mehr Praxistipps auch auf www.vw-online.eu

Im Focus – mehr auf www.vw-online.eu

Auf dieser Seite erhalten Sie Praxistipps und erste Hinweise zu Informationen, die in vielen Fällen auf unserem Online-Portal vertieft bzw. ergänzt werden. Geben Sie dort in die Suchmaske einfach die zu den einzelnen Hinweisen angegebene Dokumentennummer ein.

Wenn auch Sie interessante Neuigkeiten für unsere Leser haben, freuen wir uns auf Ihre Nachricht.

BGH: Leistungsbefreiungsklausel eines Stromversorgers nicht unangemessen

Die von einem Stromversorgungsunternehmen in Sonderkundenverträgen gegenüber Verbrauchern verwendete Klausel »10. Wann ist Y. nicht zur Lieferung verpflichtet? Y. trifft die ihr möglichen Maßnahmen, um Sie am Ende des Netzanschlusses mit Strom zu beliefern. Bei Störungen des Netzbetriebs einschließlich des Netzanschlusses ist Y. jedoch von der Leistungspflicht befreit. Dies gilt auch, wenn Y. an der Stromlieferung aufgrund höherer Gewalt oder sonstiger Umstände, deren Beseitigung Y. nicht möglich ist oder wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist.« schließt weder die sich für den Kunden aus § 326 Abs. 1 BGB ergebenden Rechtsfolgen noch dessen Recht zur außerordentlichen Kündigung nach § 314 BGB aus. Sie enthält daher keine unangemessene Benachteiligung des Kunden (§ 307 Abs. 1 Satz 1 BGB) und ist auch nicht intransparent im Sinne des § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB. Das hat der BGH auf die Revision des durch einen Verbraucher-Schutzverband beklagten Stromversorgungsunternehmens mit Urteil vom 14.3.2012 – VIII ZR 202/11 klargestellt. [mehr ==> DokNr. 12001473](#)

BGH: Kommunale Abgaben für die Wasserversorgung als öffentliche Last

Mit Beschluss vom 30.3.2012 – V ZB 185/11 hat der BGH festgehalten: »Kommunale Abgaben für die Wasserversorgung ruhen im Land Baden-Württemberg nicht ohne weiteres als öffentliche Last auf dem Grundstück, sondern nur dann, wenn die zugrunde liegende kommunale Satzung sie als grundstücksbezogene Benutzungsgebühren ausgestaltet hat.« [mehr ==> DokNr. 12001474](#)

FG Hamburg: Verfassungswidrigkeit der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung von Zinsen und Mieten

Das Finanzgericht Hamburg hat dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorgelegt, ob die ab dem Jahr 2008 wesentlich geänderte gewerbsteuerliche Hinzurechnung von Zinsen und Mieten mit dem allgemeinen Gleichheitssatz vereinbar ist (Beschluss vom 29.2.2012, 1 K 138/10). Im Bereich des Steuerrechts, so das Finanzgericht, fordere der allgemeine Gleichheitssatz eine gleichmäßige Belastung aller Steuerpflichtigen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Werden bei einer Besteuerung nicht die Aufwendungen des Betriebs berücksichtigt, liege ein Verstoß gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip vor, soweit dies nicht durch besondere Umstände gerechtfertigt sei. Bei der Ermittlung der gewerbsteuerlichen Bemessungsgrundlage werden im Rahmen des § 8 Nr. 1 GewStG unter anderem Zinsaufwand, Miet- und Pachtzinsen, aber teilweise auch Konzessions- und Lizenzzahlungen hinzugerechnet. Unter Berücksichtigung des anhängigen Verfahrens können betroffene Unternehmen gegen Gewerbesteuerfestsetzungen Rechtsmittel einlegen und das Ruhen des Verfahrens beantragen. [mehr ==> DokNr. 12001475](#)

BFH: Elektronische Abgabe von Umsatzsteuer-Voranmeldungen verfassungsgemäß

Mit Urteil vom 14. März 2012 – XI R 33/09 hat der BFH entschieden, dass die Verpflichtung, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen dem Finanzamt durch Datenfernübertragung elektronisch zu übermitteln, verfassungsgemäß ist. Auf Antrag und nur wenn die elektronische Übermittlung für den Unternehmer wirtschaftlich oder persönlich unzumutbar ist, kann zur Vermeidung unbilliger Härten eine Papiererklärung eingereicht werden. Ob die Klägerin mit Erfolg eine unzumutbare Härte geltend machen kann, blieb vor dem BFH offen. Ohne Erfolg hatte die Klägerin allerdings das hohe Alter und die mangelnde Computererfahrung ihrer Geschäftsführer angeführt. Beides galt zumindest für zwei ihrer insgesamt vier Geschäftsführer nicht. Dass diese nur zum Schein bestellt seien, ließ der BFH nicht gelten. [mehr ==> DokNr. 12001476](#)

Hessisches Finanzgericht: Mit der Entfernungspauschale ist auch die zweite tägliche Fahrt eines Arbeitnehmers zur Arbeitsstätte abgegolten

Arbeitnehmer, die aus beruflichen Gründen zweimal am Tag vom Wohnort zu ihrer Arbeitsstelle fahren, können nur einmal die Entfernungspauschale ansetzen. Ein weiterer Werbungskostenabzug für die zweite Fahrt sei nicht möglich. Das hat das Hessische Finanzgericht entschieden (Az. 4 K 3301/09). Geklagt hatte ein Musiker, der häufig zweimal täglich von zu Hause zum Theater fuhr, da er sowohl an den Proben als auch an den Aufführungen teilnehmen musste. Es liege keine verfassungswidrige Ungleichbehandlung zu anderen Arbeitnehmern oder aufgrund Durchbrechung des sog. objektiven Nettoprinzips, weil der Kläger die anfallenden Aufwendungen nicht doppelt ansetzen könne, vor. Vielmehr handele es sich um einen atypischen Fall und im Interesse eines vereinfachten Steuerverfahrens bewege sich der Gesetzgeber mit § 9 EStG, nach dem die Entfernungspauschale nur einmal pro Arbeitstag berücksichtigt wird, innerhalb des ihm zustehenden Typisierungsspielraums. Gegen das Urteil vom 6.2.2012 wurde Nichtzulassungsbeschwerde zum BFH eingelegt (VI B 43/12). [mehr ==> DokNr. 12001477](#)